

Redebeitrag von Stadtrat Tobias Baum zur aktuellen Debatte "Situation des städtischen Klinikums"

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist hinlänglich bekannt, dass sich viele Krankenhäuser nicht erst seit der Pandemie in einer schwierigen Finanzlage befinden. Das System der Fallpauschalen hat das Gesundheitssystem an Profiten ausgerichtet. Gerade die kommunalen Kliniken, welche die Grundversorgung vor Ort sichern, haben seit langem zu kämpfen. Die Energiekrise lässt Strom- und Heizkosten in die Höhe schnellen. Dazu kommt ein sehr hoher und rasanter Preisanstieg, der sich auf eine Vielzahl von Kosten auswirkt, wie Lebensmittel, Medikamente, medizinische Gase.

Dass dies auch das Städtische Klinikum betrifft, ist uns allen klar. Nicht grundlos hat die Landeshauptstadt aktuell finanzielle Hilfen übernommen; der Stadtrat war bisher gewillt im Rahmen seiner Möglichkeiten entsprechende Beschlüsse zu leisten. Und das ist auch richtig so. Aber uns ist auch klar, dass wir als Stadt nicht halbjährlich weitere Finanzhilfen beschließen können. Es muss sich grundlegend etwas ändern. Augenscheinlich wird es das durch folgenden Überlegungen.

Ein erstes Entlastungspaket des Bundes mit 4,5 Mrd. Euro soll die steigenden Energiekosten abfangen. Ob und in welcher Höhe das Klinikum Magdeburg seine Mehrkosten zurückbekommt, muss uns der Geschäftsführer in der nächsten Aufsichtsratssitzung noch darstellen. Aber einige Krankenhäuser befürchten jetzt schon, nur wenig oder gar nichts von den gestiegenen Energiekosten zurückzubekommen, wenn die Kriterien nicht angepasst werden. Der Bund muss nachsteuern, wenn er nur auf die Krankenhäuser hört. Bei der generellen Unterfinanzierung des Gesundheitssystems hilft das aber nur wenig.

Ein zweites Paket für 1,5 Mrd. Euro soll als Pauschale an die Krankenhäuser gehen, wobei hier nach Bettenanzahl ausgeschüttet wird. Bei etwa 800 Betten in unserem kommunalen Klinikum sind das knapp 2,3 Mio. Euro. Etwa ein Zehntel dessen, was wir vorgestreckt haben. Es ist zu befürchten, dass die Stadt am Ende mit dem Großteil der Kosten alleingelassen wird. Der Ausnahmezustand im Gesundheitssystem wird derzeit vielerorts durch die Kommune finanziert. Eventuell kommt hier noch der ein oder andere Betrag für unser Klinikum, aber das wird das grundlegende Problem nicht lösen.

Die von Bundesgesundheitsminister Lauterbach angekündigte Reform der Fallpauschalen kommt wohl nicht vor 2024. Bis dahin wird das Defizit wahrscheinlich steigen. Insofern steht für meine Fraktion außer Frage, dass wir jetzt mit aller Kraft unser kommunales Klinikum durch das Tief bringen müssen, damit wir dann auch noch da sind, um Teil dieser Reform zu werden. Natürlich auch um die Grundversorgung in Magdeburg auch in Zukunft sicher zu stellen.

Deswegen benötigen wir den Druck auf die Landes- und Bundesregierung, um diese teilweise dramatischen Situation endlich zu erkennen und zu lösen. Da stehen wir ganz klar an der Seite des Klinikums und der Oberbürgermeisterin. Wir unterstützen sie bei allen Vorhaben in Richtung Land und Bund. Und das sollten wir als demokratische Fraktionen dieses Stadtrates gemeinsam tun.

Dafür müssen wir miteinander klären:

Wie schätzen wir die derzeitige Situation der Krankenversorgung ein?

Welche Gespräche müssen wir mit wem und wann führen?

Wer kann uns helfen, die Krankenhäuser am Laufen zu halten?

Welche Handlungsmöglichkeiten haben wir heute?

Und haben wir diese Morgen noch, wenn wir weiter abwarten?

Wir müssen dringend auf die Verantwortlichen in Land und Bund einwirken und für eine auskömmliche finanzielle Grundlage unserer Krankenhäuser sorgen.

Denn Gesundheitsvorsorge ist Daseinsvorsorge. Und als solche darf sie sich nicht länger an Profiten orientieren. Es sind gerade die kommunalen Häuser, wie das unsrige, die die Notversorgung nach 17 Uhr aufrechterhalten, wenn andere schon geschlossen haben. Und unser Klinikum trägt auch zur medizinischen Versorgung des Landes bzw. des Umlandes bei.

Wenn uns das städtische Klinikum als Einrichtung wegbricht oder die Leistung heruntergefahren werden muss, dann heißt das zwangsläufig, dass es an Kapazitäten in der Notaufnahme für die Stadt fehlen wird. Das Uniklinikum hat schon in der Vergangenheit mehrfach signalisiert, dass sie NICHT in der Lage sein werden, die Behandlungskapazitäten vollends allein stemmen zu können. Das heißt dann für die Menschen, dass sie entweder nicht behandelt werden können, insofern keine Lebensgefahr besteht oder auch, dass sie dann demnächst statt 2 Stunden in der Notfallambulanz 5 Stunden und länger auf ihre Behandlung warten müssen. Das kann doch nicht in unser aller Interesse sein?

Aber auch für uns als kommunale Politiker und Politikerinnen, spielt das städtische Klinikum eine wichtige Rolle. Denn unser Krankenhaus bietet uns die Möglichkeit, den Gesundheitssektor in Magdeburg mitzugestalten, egal ob in puncto Qualität der Pflege, bei Gleichstellungsfragen oder bei den Arbeitsbedingungen. Es bietet uns die Möglichkeit, Perspektiven zu entwickeln. Wir halten Menschen nur hier, wenn sie eine Perspektive haben. Die aktuelle Landespolitik muss das stärker berücksichtigen, ob im Bereich Bildung oder im Gesundheitsbereich.

Ich möchte jetzt kein zu dunkles Bild zeichnen, das Klinikum bemüht sich, seinen Anteil zur Verbesserung beizutragen. Aber die grundlegende Finanzierung muss durch Land und Bund sichergestellt werden. Und wenn wir jetzt nicht handeln, werden uns die Umstände bald dazu zwingen.

Wir, DIE LINKE, haben immer wieder betont, dass wir zum Klinikum stehen. Ein kommunales Krankenhaus gehört unseres Erachtens einfach zu einer Landeshauptstadt wie Magdeburg. Und wir werden alles daran setzen, dieses zu erhalten. Mit Ihrer Unterstützung, werte Stadträt:Innen und werte Frau Oberbürgermeisterin, ist das Vorhaben natürlich erfolgsversprechender.

Also was können wir - hier in Magdeburg - ganz konkret tun? Wir sollten uns noch stärker mit den anderen Kreisen in Sachsen-Anhalt verbünden. Denn auch diese stehen vor den gleichen Herausforderungen.

Magdeburg ist Mitgliedsstadt im Deutschen Städtetag. Dieser vertritt die Interessen aller kreisfreien Städte und ist im Gespräch mit der Bundesregierung, mit Bundestag, Bundesrat, Europäischer Union und zahlreichen Organisationen. Somit gibt es gewissermaßen Einfluss auf die Gesetzgebung. Das Potential sollten wir nutzen.

Und der Deutsche Städtetag selbst hat sich ja auch schon zur Situation der Krankenhäuser geäußert. So hieß es am 26. Januar deutlich: "Akute Nothilfe für Krankenhäuser mobilisieren,

Insolvenzen vermeiden". Dabei hat er u.a. folgendes gefordert: "Bund und die Länder müssen Defizite der kommunalen Krankenhäuser auffangen, die eine ganze Region weit über die Stadtgrenze hinaus versorgen. Regionale Gesundheitsversorgung darf nicht aus städtischem Haushalt finanziert werden."

Diese Forderung gilt es zu unterstützen! Wir müssen die Verantwortlichen aus Land und Bund zu Gesprächen bringen. Wie wäre es, wenn wir zu einem regelmäßigen runden Tisch einladen, wo Vertreter:innen der Kreise, des Landes und der kommunalen Krankenhäuser zusammen kommen. Dazu könnten wir auch den Bundesgesundheitsminister einladen.

Vor allem aber sollten wir die Gesundheitsministerin unseres Landes dazu einladen. Sie sprach in der vergangenen Landtagssitzung davon, dass man mit dem Einsatz von Landesmitteln warten müsse, um erst einmal zu schauen, wie die Bundesmittel sich im System entfalten würden. Alleine deshalb wäre es schon sinnvoll, eine schnelle und regelmäßige gemeinsame Besprechung auf den Weg zu bringen, damit auch das Land so schnell wie möglich reagieren kann, wenn man sieht, dass die Gelder des Bundes nicht reichen und nachgesteuert werden muss. Was für viele bereits jetzt abzusehen ist.

Ein regelmäßiger Bericht über die Ergebnisse dieser Zusammenkünfte sorgt gleichzeitig für einen gelungenen Informationsfluss.

Warum wir, fragen sich jetzt vielleicht einige?

WIR sind die Landeshauptstadt! Es geht um unsere Einwohner:innen, um unser Gesundheitswesen. Wir meinen, es ist unsere Verantwortung! Und es ist das gute Recht der Menschen zu erfahren, wie wir mit dem Klinikum umgehen. Dass wir es sichern werden. Dass es eine gute Gesundheitsversorgung in Magdeburg gibt. Und vor allem, dass man in uns als Politik vertrauen kann, wenn solche Umstände eintreten.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit!

Tobias Baum
Gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

(es gilt das gesprochene Wort)